

Dresdner Volkszeitung

Hauptkassier: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden, und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altsadt

Abonnementpreis einschließlich Frachtlohn in der 48. Woche vom 24. November bis 30. November 1923 10 Mark, unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Milliarden M., Einzelnummer 200 Milliarden M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 29 mm breite Hauptzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamzeile 100 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 120 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 278

Dresden, Freitag den 30. November 1923

34. Jahrg.

Minderheitsregierung der Mitte

Ein Reichskabinett: Marx — Stresemann — Jarres — Seidler?

Die neueste Wendung im Kampfe gegen den „Marxismus“ ist ein Kabinett Marx. Der Reichspräsident Ebert hat nach Scheitern der Bürgerblockversuche Stögerwalds den Vorsitzenden der Zentrumspartei Dr. Marx mit der Kabinettsbildung beauftragt. Marx hat angenommen und wird eine Regierung aus den drei bürgerlichen Mittelparteien Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei zusammenstellen. Da diese Parteien keine Mehrheit im Reichstage haben, ist die Regierung auf Unterstützung oder mindestens Neutralität von links oder rechts angewiesen. Sozialdemokraten oder Deutschnationale und Bayerische Volkspartei müßten das Kabinett Marx „tolerieren“, das heißt dulden, sonst kann es nicht über die erste Reichstagsitzung hinaus bestehen.

Herr Marx hat das den Fraktionen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft vorgelegt und von der Deutschen Volkspartei sofort die Weisung erhalten: die Deutsche Volkspartei könne sich nicht an einer Regierung beteiligen, die von der Neutralität der Sozialdemokraten abhängig sei. Dr. Marx gedachte und schwenkt nun nach rechts. Um die Deutschnationalen zur Duldung zu gewinnen, will er den deutschnationalen Dr. Seidler, einen Reichslandwirts, zum Ernährungsminister machen. Die Deutschnationalen sollen Seidler zu diesem Zwecke „freigeben“, ohne daß sie als Partei an der Regierung beteiligt sind. Ob die Deutschnationalen in ihrer Dreistufigkeit mit dieser bescheidenen Rolle zufrieden sind, steht dahin. Die Berliner Meldungen behaupten, das Kabinett werde so aussehen: Reichskanzler: Marx, Vizekanzler und Sprachminister: Jarres, Außenminister: Stresemann, Innenminister: Hamann (Denn.), Finanzminister: Luther, Ernährungsminister: Dr. Seidler, Arbeitsminister: Reichswehr: Seidler, Post: Seidler, Verkehr: Seidler — oder so ähnlich.

Dr. Marx verhandelt auch mit den Sozialdemokraten wegen einer „Neutralität“. Es muß selbstverständlich sein, daß die Sozialdemokratie jede Auslieferung oder Bindung ablehnt. Sie kann einer Regierung auch nicht unterstützende Duldung ausgeben, deren Politik sie nicht kennt und die in ihrer Zusammenfassung sogar ausgedehnte reaktionäre Elemente enthält, abgesehen von Seidler, Brauns usw., die sowieso unerträglich belastet sind. Herr Marx will diese dunklen Flecke durch die helle Farbe verdecken, die Dr. Stresemann ausstrahlen soll. Stresemann als Außenminister wird zum „Mittelpunkt“ des Kabinetts erhoben. Einen Sozialdemokraten blendet der Mann nicht mehr. Seine Politik hat ihn gerichtet. Die Sozialdemokratie hat alle Ursache, dem Kabinett Marx gegenüber ablehnend zu verhalten und sich jede Freiheit für eine eigene proletarische Politik zu sichern. Das ist auch wegen der Notwendigkeit einer Klärung der ganzen Lage erforderlich. Das Kabinett der bürgerlichen Mitte muß zu entscheidenden Schritten gezwungen werden. Aufhebung des Belagerungszustandes ist die dringendste Forderung, um nur eine zu erwähnen. Darüber muß die Regierung Marx sofort Klarheit schaffen. Die Sozialdemokratie kann und darf keine Regierung dulden, die dem schaffenden Volke die freie politische Lebensmöglichkeit abdrosselt.

Eine Regierung der bürgerlichen Mittelparteien, falls sie zur Tatsache wird, geht stürmischen Tagen entgegen.

Die Deutschnationalen üben sich weiter in ihrer bekannnten Gottesfurcht und Frechheit. Ihr Diktum, die bürgerlichen Fraktionen müßten erst die Sozialdemokratie in Preußen aus der preussischen großen Koalition werfen, um Seiner Majestät zu befehlen, gelang ihnen vorerst freilich nicht. Neben den Demokraten lehnten auch Zentrum und Volkspartei die Zumutung ab. Aber die preussische Zentrumsfraktion beschloß zugleich, daß sie die Zuziehung der Deutschnationalen zu einer Reichsregierung billige, nur wolle sie deshalb nicht in Preußen die Koalition mit der Sozialdemokratie ausgeben. Dieses Entgegenkommen an die Deutschnationalen zeigt, wie weit die Rechtsentwicklung auch im Zentrum bereits gediehen ist.

Da die Deutschnationalen einen „Bürgerblock“ im Reich nicht — oder noch nicht — zustande brachten, der die „Säuberung“ Preußens besorgen sollte, werden sie jetzt das Kabinett Marx in dieser Richtung zu treiben unternehmen. Inzwischen haben sie ihren Groll, noch nicht den Reichsdiktator spielen zu können, am Reichspräsidenten ausgelassen. Herr Richter im Auftrage der Fraktion folgendes Schreiben an Ebert:

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Stresemann hätte es der parlamentarische Brauch erfordert, daß eine der Oppositionsparteien mit der Kabinettsbildung beauftragt worden wäre. Dies ist nicht geschehen. Vielmehr haben Sie, Herr Reichspräsident, auf den verschiedensten Wegen Versuche zur Neubildung einer Reichsregierung unternommen, die gescheitert sind. Inzwischen haben Sie sowohl die außenpolitische Lage des Reiches wie auch die sozialen und wirtschaftlichen Nöte des deutschen Volkes so verwickelt, daß eine weitere Dünkelregierung der Kabinettsbildung nicht verantwortet werden kann. Das deutsche Volk in seiner überlegenen Mehrheit erwartet eine Abwendung von der bisherigen Regierungsmethode und eine Reuorientierung nach rechts. Wenn der Reichstag in seiner überalterten Zusammenfassung nicht fähig ist, dieser Stimmung des Volkes Ausdruck zu geben, so müssen Sie, Herr Reichspräsident, die Entziehung des Volkes anrufen und der neu zu bildenden Regierung die Ermächtigung zur Auflösung des

Reichstages übergeben. Unter solchen Voraussetzungen stellen wir uns zur Regierungsbildung zur Verfügung.

Diese deutschnationalen Herrenmenschen wollen also die Regierung übernehmen, den Reichstag auflösen und so die Diktatoren für unbegrenzte Zeiten spielen. Ein feiner Spatz! Leider hat der Reichspräsident den Herrschaften nicht gebührend heimgeleuchtet, sondern nur erwidert:

„Daß die Reichsverfassung die Berufung des Mannes, der die Reichsregierung bilden und leiten soll, meiner freien Entscheidung überläßt. Wenn ich davon abgesehen habe, eine der beiden Oppositionsparteien (Sozialdemokraten und Deutschnationalen) mit der Regierung zu betrauen, so geschah das, weil ich durch meine vertrauliche Aussprache mit den Führern der Reichstagsfraktionen am Abend des 28. November zu der Überzeugung kommen mußte, daß für keine der beiden Oppositionsparteien die Möglichkeit einer Regierungsbildung auf der Grundlage der bisherigen Grundzüge vorbanden war. Außerdem hätte ich aus der Besprechung mit Eurer Excellenz am Freitagabend den Eindruck gewonnen, daß die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei keinen entscheidenden Wert auf die Führung der Regierung legte, vielmehr mit der Annaherung eines Mitgliedes der Deutschen Volkspartei oder des Zentrums einverstanden war. Im übrigen darf ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich mit Herrn v. Barockhoff, der mir von den Fraktionsleitungen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten für die Regierungsbildung in Vorschlag gebracht worden war, übereingekommen war, der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei drei wichtige Ressorts zur Besetzung durch Männer ihres Vertrauens anzubieten.“ — Der Brief schließt mit der Mitteilung, daß Dr. Marx nun berufen worden sei.

Die Deutschnationalen haben sich zum Träger der Reaktion gemacht. Sie werden alle Mühen springen lassen, um an die Spitze der Willkürdiktatur zu kommen, die ja jetzt schon die „demokratische deutsche Republik“ beherrscht. Die entscheidenden Auseinandersetzungen mit der Reaktion kann ein Kabinett Marx höchstens verdrängern oder verschleppen, nicht aber verhindern. Das schaffende Volk muß sich so stark machen, dieser Politik gewachsen zu sein.

Eine Denkschrift über die Reichswehrherrihaft

Der Bundtag hat am 28. November 1923 beschlossen, die Regierung aufzufordern, eine amtliche Darstellung und Zusammenfassung aller Maßnahmen der Reichswehr seit ihrem Einmarsch in Sachsen am 20. Oktober 1923 in Form einer Denkschrift zu veröffentlichen. Insbesondere soll diese Denkschrift enthalten Angaben über das Vorgehen der Reichswehr und von Reichswehrteilen gegen die Bevölkerung anlässlich der erfolglosen Verhandlungen, Verhaftungen, Besetzungen von Ortschaften, Eingriffen in die Verwaltung und Polizei sowie alle Maßnahmen zur Einschränkung resp. Aufhebung der verfassungsmäßig garantierten Rechte der Bevölkerung.

In Ausführung dieses Beschlusses fordert die Regierung alle Personen, die über das Vorgehen der Reichswehr bei Haus-

Sonderbündlerputz am Rhein

Zwischen den Führern der rheinischen Sonderbündler Dörten und Matthes ist es zu ersten Auseinandersetzungen gekommen, die zu einer Spaltung der „Vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik“ geführt haben. Jeder Teil führte für sich Kabinettsbeschlüsse durch, was natürlich selbst für das putschistische Gefindel unannehmbar ist. Dörten verlangte, daß Matthes seinen Sitz in Bonn statt in Koblenz nehmen sollte. Auf die Weigerung von Matthes, wurde ihm ein 24stündiges Ultimatum gestellt, das Matthes mit der Auflösung der Regierung beantwortete. In dem Schreiben, in dem er dem französischen Oberkommissar Lazard die Auflösung mitteilt, heißt es zum Schluß:

„Für die Auflösung sei der Zustand mitbestimmend gewesen, daß die bisherige vorläufige Regierung zum Teil aus unfähigen und unehrlichen Menschen zusammengesetzt sei.“

Dieses Geständnis wirkt um so reizvoller, als auch Matthes selbst von der deutschen Kriminalpolizei wegen gemeiner Verbrechen verhaftet wird und noch der Auflösung der Separatisten-Regierung nach Düsseldorf in die schützenden Arme der französischen Besatzungstruppen flüchtet.

Kaisersheim handelt es sich um einen militärischen Staatsstreich, mit einem bei dem faschistischen Gefindel üblichen finanziellen Beigeschmack. In der letzten Zeit hatten zahlreiche Banden, die sich als separatistische Truppen ausgaben, in den rheinischen Ortschaften die Bevölkerung gebrandschatzt und geplündert. Um derartige Ausschreitungen zu vermeiden, und die richtigen Rheinlandtruppen nicht noch in lächerlichen Aufzügen zu bringen, hatte Matthes die Truppen entlassen und auch den Generalkommando am 27. November aufgelöst. Dieser wollte jedoch das vorzeitige Ende seiner Karriere nicht annehmen, sondern beschloß vielmehr hinterheils, die Regierung abzusetzen und eine willkürliche Diktatur einzuführen.

In Wirklichkeit ist also die „Regierung“ Matthes keineswegs aufgelöst sondern einfach demontiert worden. In ihre Stelle ist ein Diktator namens Seidler getreten, der bisher völlig unbekannt war.

lungen, Verhaftungen, Besetzungen von Ortschaften usw. Eingaben aus eigener Wahrnehmung machen können, auf diese möglichst sofort genau und wahrheitsgetreu bei der nächsten Zivilbehörde anzuzeigen und, wenn möglich, eine Abschrift an das Ministerium des Innern, Abteilung III E, Dresden-N., Königstr. 2 zu senden.

Sozialistische Treue in Oesterreich

Sozialdemokratischer Hilfsversuch für Deutschland gescheitert

Unser österreichisches Bruderblatt, die Wiener Arbeiterzeitung, berichtet:

In der ersten Sitzung des neu gewählten Nationalrates haben die sozialdemokratischen Abgeordneten den folgenden Antrag eingebracht:

Beseitigt von dem Gefühl innigen Verbundenseins der Deutschen Oesterreichs mit den Brüdern im Reich und in dankbarer Erinnerung an die wertvolle Hilfe, die die deutsche Republik in schwerster Zeit der jungen Republik Oesterreich gewährt hat, wird beantragt:

Die Republik Oesterreich widmet für die Hilfswirkenden Deutschlands zu Händen des Reichspräsidenten einen Betrag von zehn Milliarden Kronen.

Dieser Antrag ist von den Regierungsparteien, nachdem er der christliche Bundeskanzler Seipel während bekämpft hatte, abgelehnt worden! Diese Ablehnung ist eine Injurie, und den Parteien, die sich mit ihrer Schmach beladen haben, werden von dem deutschen Volke in Oesterreich keine befähigenden Resolutionen helfen: sie haben, als sie angerufen wurden, den deutschen Brüdern in schwerster Not zu helfen, als sie angerufen wurden, für die Solidarität mit dem deutschen Brudervolk zu zeugen, aus niedrigen Erwägungen vollständig versagt. Alles, was der Herr Dr. Seipel zur Beschönigung dieser Injurie vorbrachte, ist darrer Schwindel; untreue Abgeordnete haben es ihm im Ausschuss auch sofort ins Gesicht gesagt. In dem Bundesbeschlusse sind die Ausgaben mit mehr als achttausend Milliarden Kronen eingeseht; wie soll da der Betrag von zehn Milliarden eine Rolle spielen? Und selbst wenn er eine Rolle spielte, wenn dann irgendeine Ausgabe zurücktreten, irgendeine Steuer erhöht werden müßte, dann wäre der Antrag erst recht berechtigt: soll sich Oesterreich kein Opfer auferlegen dürfen, um die Not lindern zu helfen, die seine Brüder so furchtbar bedrängt? Welche Schamlosigkeit der Gefinnung, da wir ein schmutziger Käufer nachzurechnen, ob man sich, wenn man den darbenenden deutschen Brüdern Hilfe bringt, nicht irgendetwas verlangen werde müssen! Die zehn Milliarden wären nicht bloß eine Hilfe für Deutschland, sondern auch ein Erkenntnis zu Deutschland gewesen! Das aber duldet Herr Dr. Seipel nicht, denn seine wahre Aufgabe ist es ja, das Land, das uns mit dem Deutschen Reich verknüpft, zu erschüttern. Die vorgeschlagenen budgetären Einmände sind nicht ernst zu nehmen: in Wahrheit sollte die Rundgebung der Solidarität mit Deutschland verweigert werden. Wer sich ein Gefühl für menschliche und nationale Pflicht in Oesterreich bewahrt hat, wird sich der Schande dieser Ablehnung bewußt werden und bereit sein, sie zu vergelten.

Nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags wurde eine Resolution der Großdeutschen angenommen, die besagt: da die Verhältnisse keine wirksame Hilfe durch den Staat ermöglichen, möge die Regierung die privaten Hilfsorganisationen der Bevölkerung unterstützen. Das heißt: Christlichsozialen und Großdeutschen nichts, denn Worte sind billig. Die Sozialdemokraten Oesterreichs haben auf ihrem letzten Parteitag beschlossen, eine selbständige Hilfsaktion der Partei zu unternehmen. Sie vertreiben 5000 Kronen für ein Brot für unsere reichsdeutschen Brüder. Diese Unterstützung wird durch die Arbeiterorganisationen Deutschlands gestellt werden.

Die wirtschaftliche Abtrennung des Rheinlandes

Diese sich gegenseitig befeindenden Diktatoren zeigen eine verzweifelte Lehnlichkeit mit den böllischen Diktatoren im Reich, bei denen sich gleichfalls die einzelnen Führer — siehe Hüler, Kehr, Lubendorf und Ehrhardt — gegenseitig zu verdrängen suchen. Die Vorgänge an Rhein, Ruhr und — gar lassen gleich ahnen, was uns allen blühen würde, wenn dieses Gefächter in Deutschland zur Herrschaft käme.

Die wirtschaftliche Abtrennung des Rheinlandes

Eine rheinische Währung

SPD. Im Laufe dieser Woche werden weitere Verhandlungen zwischen französischen und rheinischen Bankiers über die Errichtung einer rheinischen Notenbank stattfinden. Zur Erörterung steht ein Projekt, nach dem das auszubringende Kapital 60 Millionen Rheinmark betragen soll. An der Aufbringung wollen sich neben deutschen und französischen auch englische, belgische und neutrale Interessenten beteiligen. Die Einheit der neuen Währung, die Rheinmark, ist $\frac{1}{10}$ Dollar. Sie wird in Stücken von 1- bis 1000-Mark-Noten ausgegeben und ist nur gegen Dollar einlösbar. Die rheinische Währung ist im Gegensatz zu der Rentenmark effektive Goldwährung. Obwohl sich deutsche Kreise bemühen, die Majorität in der neuen Zettelbank zu erhalten, wird doch durch die rheinische Währung, wenn das deutsche Kapital auch in der Vorhand bleibt, Deutschlands wichtigstes Wirtschaftsgeld, das rund vier Fünftel seiner ganzen Produktion nach dem unbesetzten Deutschland liefert, durch die andere Währungsverfassung wirtschaftlich vom Mutterland getrennt. Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß sich die Franzosen hartnäckig gegen die Einführung der Rentenmark in das Ruhrgebiet sträuben, während die Interalliierte Kommission das absehbare Gebiet zugelassen hat.